

18 Seiten
4 A Seiten

- 1A -

**Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie**

Protokoll

27. Sitzung (nicht öffentlich)

7. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gegen einen "neuen Konsens" zum Weiterbetrieb von Atomanlagen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3803 (Neudruck)

2

Angesichts der Tatsache, daß die Voten der beiden mitberatenden Ausschüsse noch nicht vorliegen, verständigt sich der Ausschuß auf eine Vertagung der Abstimmung über den Antrag, wobei SPD und CDU erkennen lassen, daß sie dem Antrag nach heutigem Stand nicht zustimmen können.

2 Klimabericht Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/3206 (Neudruck)

Vorlagen 11/1090 und 11/1529

7

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 11/3206 (Neudruck) wird gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der GRÜNEN und in Abwesenheit der F.D.P. angenommen.

3 Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/548 (Neudruck)

in Verbindung damit:

Energiesparland Nordrhein-Westfalen - mit intelligenter Energienutzung und drastischer Einsparung die Klimakatastrophe verhindern helfen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/608

und

Kampf gegen den Treibhauseffekt

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/613

Vorlage 11/286

11

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß sieht die drei Anträge Drucksachen 11/548, 11/608 und 11/613 bei Abwesenheit von F.D.P. und GRÜNEN als erledigt an.

**4 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen
Perspektiven und Initiativen am Beginn der 90er Jahre**

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 11/3390

11

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß nimmt den Bericht Drucksache 11/3390 bei Abwesenheit von F.D.P. und GRÜNEN zur Kenntnis.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
27. Sitzung

07.10.1992
the-sto

Seite

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz 1993)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie

Vorlagen 11/1512, 11/1535, 11/1536

12

Der Darstellung der Haushaltsschwerpunkte durch den Wirtschafts-
minister schließt sich eine erste kurze Aussprache an.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 28. Oktober 1992, 10.00 Uhr

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz 1993)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 11/1512, 11/1535, 11/1536

Minister Einert stellt die Schwerpunkte des Einzelplans 08 wie folgt vor:

Mein Kollege Schleußer hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts 1993 die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen dargelegt, die für alle Länderhaushalte in den kommenden Jahren gelten. Darauf will ich nicht mehr eingehen, aber als Eingangsbemerkung muß es gesagt werden.

Von diesen Rahmenbedingungen ist natürlich auch der Haushalt des Wirtschaftsministers betroffen. Der Einzelplan 08 ist einer der wenigen, die in absoluten DM-Beträgen weniger Volumen aufbringen als im letzten Jahr. Das heißt: Wir müssen mit weniger Geld auskommen. Das bedeutet aber nicht, daß wir überhaupt keine Gestaltungsmöglichkeiten für die Wirtschafts- und Strukturpolitik mehr haben; denn erstens ist das zur Verfügung stehende Finanzvolumen immer noch sehr beachtlich, und zweitens ist die Wirtschafts- und Strukturpolitik keineswegs nur Förderpolitik und Geldverteilungspolitik.

Auch wenn wir einen vom Bund völlig unabhängigen volkswirtschaftlichen Weg nicht gehen können, so haben wir es doch in der Hand, hier im Lande Rahmenbedingungen zu setzen, die die Entwicklung unserer Wirtschaft und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Bevölkerung fördern. Haushaltskonsolidierung kann man nicht immer nur in Sonntagsreden verkünden, sondern knapper werdende Finanzmittel erfordern es mehr denn je, wirtschaftspolitische Prioritäten neu zu definieren und sich Entscheidungsprozessen mit effektivem Einsatz der begrenzten Mittel zu stellen.

Der Entwurf des Einzelplans 08 zeigt, daß wir diese Herausforderungen so angenommen haben und auch, wie ich glaube, zu einer Lösung gekommen sind, die sich einerseits in die Rahmenbedingungen einpaßt, gleichzeitig aber die vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung aufgezeigten Handlungs-

schwerpunkte konsequent weiterentwickelt. Das will ich an einigen ausgewählten Beispielen belegen:

1. Die wohl wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe für eine Erneuerung unseres Landes liegt in der Bewältigung und in der Beschleunigung des Strukturwandels. Wir setzen den begonnenen Weg einer regionalisierten Strukturpolitik konsequent fort. Finanziell bedarf es auf diesem Gebiet nach wie vor großer Anstrengungen. Die den Strukturwandel fördernden Programme haben - trotz des Auslaufens der Strukturhilfemittel des Bundes sowie einiger Sonderprogramme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe - ein beachtliches Niveau.

Der Haushaltsentwurf 1993 sieht allein für die NRW-EG-Gemeinschaftsprogramme rund 441 Millionen DM und für die Programme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe etwa 533 Millionen DM vor. Dazu kommen Mittel in einer Größenordnung von ca. 321 Millionen DM, die das Land im Handlungsrahmen für die Kohlegebiete, in der Landesaufgabe und im Zukunftsprogramm Montanregionen allein finanziert und umgeschichtet hat. Damit sieht der Wirtschaftshaushalt 1993 fast 1,3 Milliarden DM vor, um den erfolgreich begonnenen Weg des Strukturwandels fortzusetzen.

(Der durch die Ältestenratssitzung verhinderte Abgeordnete Tschoeltsch nimmt von jetzt ab an den Beratungen des Wirtschaftsausschusses teil.)

Der soeben erwähnte Handlungsrahmen für die Kohlegebiete veranlaßt mich, an dieser Stelle noch einmal eine Bemerkung zum Thema "Programmwirksamkeit" anzufügen. - Der haushaltswirtschaftliche Zusammenhang dieser beiden Themen ist Ihnen bekannt: Die Überprüfung aller Förderprogramme des Landes hat für den Zeitraum 1992 bis 1995 ein Einsparpotential von rund 1,1 Milliarden DM ergeben, das in voller Höhe zur Finanzierung des Handlungsrahmens für die Kohlegebiete eingesetzt wird.

Berechnungsgrundlage für diesen Einsparbetrag waren die Haushaltsansätze 1992 sowie die seinerzeit gültigen Finanzplanungsansätze für die Jahre 1993 bis 1995. Danach hat der Einzelplan 08 in den Jahren 1992 bis 1995 insgesamt 482,5 Millionen DM einzusparen. In 1992 wurden bereits 41,5 Millionen DM erbracht. Der Entwurf 1993 berücksichtigt weitere Einsparungen in Höhe von rund 128 Millionen DM, so daß in 1994 und 1995 noch einmal 313 Millionen DM zu erwirtschaften sind.

Wir haben uns die Entscheidung über die notwendigen Veränderungen der Förderkulisse nicht leichtgemacht. Wir haben nicht einfach nur eingespart, indem wir mit dem Rasenmäher über die Programme gefahren sind, um sie gleichmäßig zu kürzen. Wir haben uns vielmehr die Aufgabe gestellt, die nur begrenzt verfügbaren Mittel so effizient wie möglich einzusetzen.

Im Ergebnis hat das bedeutet, daß einzelne Programme auslaufen, andere Programme durch Zusammenfassung von Programmfeldern im Interesse von Zielgenauigkeit und Transparenz verbessert werden. Hinsichtlich der einzelnen Veränderungen darf ich auf den Ihnen vorliegenden schriftlichen Einführungsbericht verweisen.

2. Neben der Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen innerhalb von Nordrhein-Westfalen kommt es im Zuge des bevorstehenden EG-Binnenmarktes, der sich öffnenden osteuropäischen Wirtschaftsräume und nicht zuletzt auch wegen des ökonomisch immer mehr erstarkenden südostasiatischen Raumes künftig verstärkt darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit des attraktiven Wirtschaftsstandorts NRW auch auf internationalem Feld zu sichern und auszubauen. Ich verweise hierzu auf die im Frühjahr 1992 gegründete Wirtschaftsagentur, für deren Aufgaben erneut bei der GfW rund 8 Millionen DM etatisiert sind.

Darüber hinaus haben wir die Mittel für die Förderung der Außenwirtschaft um 2,5 Millionen DM erhöht. Auch dies ist ein deutliches Signal für die steigende Bedeutung, die wir der Außenwirtschaft beimessen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die veranschlagten Mittel für

- die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus den ehemaligen RGW-Ländern,
- die Consulting-Gruppe zur Sicherung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und
- die Inlandsmessebeteiligungen,

die mit unveränderten Ansätzen fortgeführt werden.

3. Zum Abschluß möchte ich noch einige bedeutende Positionen des Wirtschaftshaushalts erwähnen:

Erstens: die Qualifizierung. Sie zählt zu den Schlüsselbereichen einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Im Bereich der Erstausbildung können wir uns inzwischen darauf konzentrieren, die Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist seit 1990 nicht mehr erforderlich. Hier ergeben sich also gegenüber den Vorjahren erhebliche Einsparmöglichkeiten.

Bei den Hilfen zur Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der mittelständischen Wirtschaft - Stichwort: überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsstätten - werden wir unsere Anstrengungen dagegen unvermindert fortsetzen. Für diesen Bereich sind 2,5 Millionen DM mehr veranschlagt als im Vorjahr.

Zweitens: die Förderung der Verbraucherberatung. Sie bleibt auch künftig eine zentrale Aufgabe der Landespolitik. Im Zuge des weiteren Ausbaus des Beratungsnetzes sind für 1993 Mittel für zwei neue Beratungsstellen vorgesehen. Darüber hinaus berücksichtigt der Ansatz die Komplementärfinanzierung des Projektes "Grenzüberschreitender Verbraucherschutz im Dreiländereck".

Allerdings mache ich dazu zwei Bemerkungen: a) Die vor Jahren noch gewünschte völlig flächendeckende Einrichtung von kommunalen und regionalen Verbraucherberatungsstellen wird gebremst werden müssen. b) Das Land ist nicht in der Lage und auch nicht willens, die aufgrund von Einsparungen beim Bund gekürzten Zuwendungen aus Bundesmitteln für die Verbraucherberatungsstellen zusätzlich aus Landesmitteln zu übernehmen.

Drittens: die Technologieförderung. Sie ist auf der Grundlage der Empfehlungen der interministeriellen Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" neu strukturiert worden. Ich darf auch hierzu auf den schriftlichen Einführungsbericht verweisen.

Die Steigerung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen sowie das Einspeisen wissenschaftlicher Erkenntnisse in diesen Bereich bleibt eine Aufgabe mit hoher ökonomischer und ökologischer Priorität. Gleichwohl haben wir im Bereich der Technologieförderung vor dem Hintergrund haushaltsmäßiger Notwendigkeiten Kürzungen gegenüber den Vorjahren vornehmen müssen, allerdings in einem Rahmen, der die Substanz der Technologieförderung nicht gefährdet.

Viertens: die rationelle Energienutzung. Für diesen wichtigen, in seiner ökonomischen, ökologischen und politischen Bedeutung zunehmenden Bereich ist im Haushaltsentwurf 1993 ein besonderes Kapitel eingerichtet worden, in dem Gesamtausgaben von rund 68,5 Millionen DM veranschlagt sind. Die Aufgabe, moderne Energietechniken zu entwickeln und deren Durchsetzung in der Praxis zu fördern, rechtfertigt diesen Mitteleinsatz.

Fünftens: die Kohlehilfen. Mehr als ein Drittel des Ausgabevolumens des Einzelplans 08 entfällt auf die Drittelbeteiligung des Landes an den Kohlehilfen. Rund 1,16 Milliarden DM sind im Einzelplan 08 allein für diese Zwecke veranschlagt.

Damit kann ich meine Ausführungen zum Haushaltsentwurf 1993 bereits abschließen. Ich möchte lediglich noch darauf hinweisen, daß entsprechend dem von der Landesregierung beschlossenen "Null-Stellen-Zuwachs" im Personalhaushalt des Einzelplans 08 keine Stellenzugänge enthalten sind; der Personalbestand verringert sich vielmehr durch den Vollzug von kw-Vermerken um fünf Stellen.

Abgeordneter von Unger (CDU) weist darauf hin, daß die Sparzwänge, denen schon der jetzige Haushalt unterliege, durch den neuen Länderfinanzausgleich in Zukunft noch sehr viel stärker würden. Seiner Meinung nach müsse zumindest die Perspektive schon bei den jetzigen Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden.

Minister Einert verweist auf die dem Landtag zugegangenen Grunddaten der mittelfristigen Finanzplanung, denen zu entnehmen sei, daß die nach unten weisende Kurve beim Einzelplan 08 eingehalten werde. Dem habe auch er bei den Beratungen im Kabinett zugestimmt; denn er sehe seinen Ehrgeiz nicht darin, die Bedeutung des Wirtschaftsministers an jährlichen Haushaltszuwächsen nachzuweisen. Wichtiger sei es, auch bei abnehmenden Haushaltsansätzen wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Unabhängig von den Konsequenzen des neuen Finanzausgleichs sei nach seinem Dafürhalten vor dem Hintergrund der Aufgaben, weiterhin aktive Strukturpolitik zu betreiben und möglicherweise auch bei auftretenden Dellen des Konjunkturverlaufs an einigen besonders schwierigen Stellen helfend einzugreifen, ein Minus von 10,7 % im Einzelplan 08 ein angemessener Beitrag des Ressorts des Wirtschaftsministers zur finanziellen Konsolidierung.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
27. Sitzung

07.10.1992
the-sto

Er hoffe sehr, daß der Landtag ähnliche Maßstäbe auch bei der Beratung anderer Einzelpläne zugrunde legen werde.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) merkt an, das, was der Minister in seinem schriftlichen Einführungsbericht unter Punkt II "Wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen" ausgeführt habe, könne er weitestgehend akzeptieren. Auch das Setzen von Schwerpunkten sei einzusehen.

Darüber hinaus aber vermöge er nicht nachzuvollziehen, nach welchem Konzept die Landesregierung vorgehe. Seinerzeit sei mit großer Hektik ein 1-Milliarden-Programm zusammengestellt worden. Dann habe es den Bericht der Programmwirksamkeitskommission gegeben, die zum Beispiel auch Aussagen zu den Technologieprogrammen gemacht und einen Finanzplan für die nächsten Jahre erstellt habe. Dies alles sei offenbar mit Vorlage des jetzigen Haushaltsplans zu Makulatur geworden.

Bei den Technologieprogrammen, so fügt er erläuternd hinzu, sei beispielsweise unter erheblicher Mittelkürzung aus drei Programmen eines gemacht worden. Nun könne man einen derartigen Kurswechsel durchaus für richtig halten und vielleicht sogar der Meinung sein, er sei nicht weit genug gegangen. Er könne aber nicht erkennen, was in der Politik der Landesregierung Vorrang habe, welches Konzept dahinterstehe.

Minister Einert ist der Meinung, daß bei dieser Argumentation einiges durcheinandergebracht werde, und weist darauf hin, daß man schon des öfteren über Konsequenzen aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Programmwirksamkeit und die Frage der Finanzierung des notwendigen Handlungsrahmens für die Kohlegebiete diskutiert habe. Er erinnert zunächst daran, daß der Ansatzpunkt der Arbeitsgruppe Programmwirksamkeit ein viel weitergehender gewesen sei, nämlich auch zu überprüfen, was im Laufe der Jahre an Programmen entwickelt und möglicherweise unter Status-quo-Betrachtungen immer wieder weitergeführt worden sei, was man davon konzentrieren könne oder streichen sollte und wo man Ergänzungen vornehmen müsse.

Man habe bei dieser generellen und noch nicht abgeschlossenen Aufgabe ein Teilergebnis mit einem finanziellen Volumen von rund 1 Milliarde DM erzielt. Dann sei in Betracht zu ziehen gewesen, daß in diesem Teilbereich vor dem Hintergrund der durchaus dramatischen Auswirkungen des Kohlekompromisses vom vergangenen Jahr mit mindestens 30 000 in einem begrenzten Zeitraum verlorengelassenen Arbeitsplätzen für bestimmte Regionen des Landes die Gefahr von Brüchen bestehe. Daraufhin habe sich die Landesregierung entschlossen, neben den EG-Programmen und laufenden

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
27. Sitzung

07.10.1992

the-sto

Ressortprogrammen auch das Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe Programmwirksamkeit in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, das nicht der Ausgangslage der Arbeitsgruppe entspreche; denn diese Arbeitsgruppe sei nicht eingesetzt worden, um Gelder für den Handlungsrahmen Kohlegebiete freizumachen, sondern ihr habe ein prinzipieller und nach wie vor gültiger Ansatz zugrunde gelegen.

Er räume gern ein, daß die Notlage dazu gezwungen habe, diese freiwerdenden Mittel nicht zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden, sondern sie zur Lösung eines echten Problems in den davon betroffenen Regionen umzuschichten.

Er meine schon, daß das vom Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) vermißte Handlungskonzept erkennbar sei, und verweist in diesem Zusammenhang auf die als Schlüsselbegriffe für die Strukturpolitik verwendeten Stichworte Flächenmobilisierung, Qualifizierung und Technologieförderung. Das Ganze habe immer auch unter der Überschrift gestanden, Mitnahmeeffekte soweit wie möglich auszuschließen, direkte Subventionen zu reduzieren und damit die wirtschaftsnahe Infrastruktur und den Handlungsrahmen für die Unternehmen im Wettbewerb zu verbessern.

Dies sei die für alle Bereiche geltende Philosophie. Man könne anhand vieler Zahlen nachweisen, daß diese abstrakt formulierten Ziele bisher auch in der Praxis schon realisiert worden seien, und er sehe darin ein konsistentes Handeln des Wirtschaftsministeriums.

Abgeordneter Stüber (SPD) stellt fest, daß das, was der Minister ausgeführt habe und was auch aus dem Haushalt und der schriftlichen Einführung hervorgehe, den Intentionen seiner Fraktion entspreche, nämlich den Wirtschaftsetat auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren. Die Zusammenfassung der drei Technologieprogramme sei eine logische Folge daraus; denn im Laufe der Jahre hätten sich die Fördertatbestände durchaus verändert, so daß Anpassungen erfolgen müßten.

Dies gelte auch für die Zusammenfassung der Förderungen, die jetzt unter dem Namen KMU-Programm liefen, und gleichfalls für die Zusammenfassung der Beratungsprogramme für den Mittelstand, wobei das Handwerk noch eine Sonderstellung behalten habe. Er plädiere dafür, auch das Handwerk dazuzunehmen, um so ein Gesamtprogramm für den mittelständischen Bereich zu haben, zu dem er das Handwerk durchaus zähle.

Er halte auch die vom Minister vorgetragene Konzentration auf bestimmte Bereiche - zum Beispiel Außenwirtschaft, Messen, Qualifizierung, Kooperation mit der GUS - für sehr sinnvoll.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
27. Sitzung

07.10.1992
the-sto

Interessant sei auch die der jetzigen mittelfristigen Finanzplanung im Vergleich zur vorjährigen zu entnehmende Feststellung, daß der gesamte investive Bereich erheblich verbessert worden sei, daß die Kurve nicht mehr steil nach unten weise, sondern abflache und teilweise sogar steigende Tendenzen aufweise. - Insofern sehe seine Fraktion trotz der notwendigen 10%igen Einsparungen auch eine ganze Reihe von Steigerungen und von Schwerpunktbildungen, die sie begrüße und nachhaltig unterstütze.

Was die Verbraucherpolitik betreffe, so könne das Land selbstverständlich nicht den finanziellen Ausstieg des Bundes aus diesem Bereich auffangen. Immerhin gebe das Land Nordrhein-Westfalen für die Förderung der Verbraucherberatung heute schon mehr aus als alle anderen Bundesländer zusammen. Dennoch werde man sich gerade auch mit Blick auf den kommenden europäischen Binnenmarkt Gedanken darüber machen müssen, wie man ein derartiges Angebot allen in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen zur Verfügung stellen könne.

gez. Dr. Schwericke
Vorsitzender

03.11.1992/06.11.1992